

## **Aufschwung – Teilhabe – Wohlstand**

– Mehr Chancen für Deutschland –

Deutschland befindet sich im Wandel. Die Globalisierung und die demographische Entwicklung stellen Politik und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die Bundesregierung hat in den vergangenen eindreiviertel Jahren diese Herausforderungen angenommen. Mit den Wachstumsimpulsen in fünf zentralen Bereichen, beschlossen auf der Klausurtagung in Genshagen, hat sie den richtigen Weg eingeschlagen.

Deutschland befindet sich im Aufschwung. Erfolge bei Wachstum, Beschäftigung und der Sanierung der Staatsfinanzen werden sichtbar – das macht Mut. Es zeigt sich: Politik kann die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern. Diese gemeinsame Grundüberzeugung leitet die Bundesregierung bei ihrer Arbeit. Investieren, Sanieren, Reformieren – das bleibt der gültige Dreiklang des Regierungshandeln.

Jetzt kommt es vor allem darauf an, die Grundlagen des Aufschwungs zu stärken. Wir wollen, dass der Aufschwung für mehr und mehr Menschen auch persönlich spürbar wird. Das setzt Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft voraus, aber auch gesellschaftliche und politische Anstrengungen. Es gilt, die Teilhabemöglichkeiten für alle zu verbreitern und neue Chancen zu eröffnen. Der Wohlstand unseres Landes muss immer wieder neu erarbeitet werden. Verantwortliche Politik verlangt, dass wir die Leistungskraft Deutschlands noch stärker auf Investitionen in die Zukunft ausrichten.

Die Bundesregierung wird die Neuverschuldung bis 2011 auf Null zurückführen. Die Konsolidierung des Haushalts ist eine wesentliche Voraussetzung, um dauerhafte Handlungsfähigkeit für die Politik zu sichern. Diese Politik muss sich verbinden mit Strukturreformen und öffentlichen direkten und indirekten Investitionen. Die Bundesregierung wird dazu die bereits verabredeten Initiativen umsetzen, u.a. zur Alterssicherung, zum Ausbau der Kinderbetreuung, zur Stärkung der Pflege, zum Niedriglohnbereich, zur stärken Beteiligung Älterer am Arbeitsmarkt, zum Umweltgesetzbuch, zur inneren Sicherheit und verbesserten Terrorabwehr, zur Reform der Erbschaftsteuer und zur Privatisierung der Bahn.

Auf der Klausurtagung in Meseberg hat sie für die zweite Hälfte ihrer Amtszeit vereinbart, mit langfristig angelegten Vorhaben entscheidende Weichen, auch über die Le-

gislaturperiode hinaus, zu stellen. Dazu wird sie in den folgenden fünf Schwerpunkten neue Impulse setzen:

## **I. Grundlagen des Aufschwungs**

### **I. 1. Neue Chancen für den Arbeitsmarkt**

Die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist zentrales Ziel der Bundesregierung. Es gibt erhebliche Potentiale in verschiedenen Zukunftsbereichen, die wir mit Anreizen und Förderung erschließen wollen. Dabei ist der sozialpartnerschaftliche Umgang zwischen Unternehmen und Gewerkschaften in neuen wie herkömmlichen Branchen ein hohes Gut, das geschützt und gestärkt werden muss. Die Strukturen der Wiedereingliederung werden wir weiter modernisieren, um das Konzept des Förderns und Forderns noch wirkungsvoller zur Geltung zu bringen.

- Die Bundesregierung stellt sicher, dass die Bundesagentur für Arbeit mit ihrem Haushalt für die Jahre bis 2011 ohne Bundeszuschuss auskommt und ihre Aufgaben entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag erfüllen und Pensionsrücklagen aufbauen kann. Sofern darüber hinaus Raum für die Senkung des Versicherungsbeitrages unter 3,9 % besteht, wird dieser realisiert. Eine Entscheidung wird in diesem Jahr getroffen.
- Die Bundesregierung begrüßt die Überlegungen der Koalitionsparteien zu einer Stärkung der Mitarbeiterbeteiligung. Sie unterstützt die gemeinsame Arbeitsgruppe der Koalitionsparteien und Koalitionsfraktionen, in der ein Konzept zur Umsetzung noch in dieser Legislaturperiode ausgearbeitet wird.
- Ein funktionierendes Gesundheitswesen für alle Menschen ist nicht nur für die soziale Lage einer Gesellschaft entscheidend, sondern auch für die künftigen wirtschaftlichen Perspektiven. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist das Gesundheitswesen ein enormer Beschäftigungs- und Innovationsfaktor. Daher wird zum Themenbereich „Dienst Mensch am Menschen – Arbeitsplätze im Gesundheits-, Pflege- und Betreuungsbereich“ ein Gesamtkonzept erarbeitet.  
(Vorlage bis März 2008)

- Haushalte als Auftraggeber und Arbeitgeber: Die Bundesregierung wird prüfen, wie die Fördertatbestände und Verwaltungsverfahren einfacher und wirksamer ausgestaltet werden können und die Ergebnisse bis Mitte 2008 vorlegen.
- Start der Gesetzgebung zu Arbeitnehmerentsendegesetz und Mindestarbeitsbedingungengesetz im Herbst 2007.
- Im Zusammenhang mit der Liberalisierung der Postmärkte zum 1.1.2008 wird die Branche der Postdienstleistungen noch in 2007 in das Arbeitnehmerentsendegesetz aufgenommen, wenn die Tarifpartner einen entsprechenden gemeinsamen Antrag stellen. Dabei geht die Bundesregierung davon aus, dass über 50 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Postbranche tarifgebunden sind. Die Mehrwertsteuer-Befreiung für flächendeckende Universaldienste in diesem Bereich bleibt erhalten.
- Neuausrichtung der Instrumente der Arbeitsmarktpolitik in 2007 durch Straffung und Präzisierung.
- Erarbeitung von Eckpunkten für ein Programm „Humanisierung der Arbeitswelt“. (Vorlage bis Anfang 2008)
- Analyse der Entwicklung im Bereich der Zeitarbeit und Prüfung.
- Aufgrund der immer noch doppelt so hohen Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern wird die Bundesregierung die Verlängerung der Instrumente der Investitionsförderung prüfen, damit der dynamische Aufschwung im Osten gestärkt wird.
- Mobilität ist Grundvoraussetzung einer florierenden Wirtschaft und des weiteren Aufschwungs. Die Bundesregierung wird die weitere Verbesserung der Infrastruktur in Deutschland verstärken und einen Masterplan Güterverkehr und Logistik erarbeiten.

Die Bundesregierung will Erwerbstätige, die voll beschäftigt sind oder nahe daran, aber mit ihrem Arbeitseinkommen nicht das Existenzminimum erreichen, möglichst vor Hilfebedürftigkeit schützen (sie fallen damit nicht ins ALG II) und bessere Anreize für die Ausweitung der Erwerbstätigkeit in Richtung Vollerwerbstätigkeit setzen. Dazu werden das bewährte Instrument des Kinderzuschlags weiterentwickelt, der Vorschlag eines Erwerbstätigenzuschusses, der auch betroffene Alleinstehende und Paare ohne Kinder umfasst, beraten und die Hinzuverdienstregeln des SGB II im Bereich bis 800,-

€ Monatslohn neu gestaltet. Die einzelnen Maßnahmen will die Bundesregierung zu einem Gesamtkonzept verbinden. Ziel ist eine Neuregelung Anfang 2008. (Vorlage von Eckpunkten im September 2007)

## **I. 2. Qualifizierung und Fachkräfte**

Die Stärke Deutschlands beruht entscheidend auf gut ausgebildeten Arbeitnehmern, innovativen Unternehmen und einer breiten Weiterbildungskultur. Gute Bildung ist die wichtigste Gewähr, das eigene Leben frei gestalten zu können. Der Bedarf an höher qualifizierten Arbeitskräften nimmt zu, es gibt erste Anzeichen für Engpässe in einigen Bereichen. Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel, das deutsche Aus- und Weiterbildungswesen in Qualität und Wirkungsbreite grundlegend zu verbessern. Dazu sind auch die Länder in der Verantwortung.

- Für jeden einen Schulabschluss: Halbierung der Quote der Schulabbrecher bis 2010; Bundesprogramm „Schulverweigerung – die zweite Chance“.
- Für jeden einen Einstieg in Ausbildung: Einführung von Ausbildungsbausteinen als Brücke in die Berufsausbildung.
- Für jeden einen Ausbildungsplatz: Die Bundesregierung wird noch in diesem Jahr – als Teil der „Nationalen Qualifizierungsinitiative“ – ein Konzept „Jugend-Ausbildung und Arbeit“ vorlegen. Dazu wird die Prüfung der Vorschläge des Deutschen Bundestages aus dem Antrag „Junge Menschen fördern - Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern“ so schnell wie möglich abgeschlossen, hierzu gehören insbesondere:
  - "Ausbildungsbonus" für überdurchschnittlich ausbildende Betriebe;
  - Ausbildungskostenzuschüsse für die Ausbildung bestimmter Gruppen von benachteiligten Altbewerbern;
  - Einsatz von Ausbildungspaten;
  - Verstärkung der personellen Ressourcen der Berufsberatung.
- Für jeden eine Aufstiegschance: Mehr Durchlässigkeit, insbesondere zwischen Berufs- und Hochschulausbildung. Mehr Hochschulabsolventen – das heißt: 40 % eines Jahrganges für ein Studium gewinnen (z.Zt. 35,3 %), im Schwerpunkt für die

Fächer Mathematik, Ingenieur- und Naturwissenschaften, Technik (MINT-Fächer);  
Einführung eines Freiwilligen Technischen Jahres.

- Für jeden eine Wiedereinstiegschance: Steigerung der Weiterbildungsbeteiligung auf 50 % in 2015 (z.Zt. rd. 41 %). Dazu bietet die Bundesregierung den Ländern eine neue Bildungsallianz an.

Die Bundesregierung wird alles daran setzen, das heimische Potential an Qualifikationen auszuschöpfen. Im Bereich der Hochqualifizierten kann sowohl kurz- als auch langfristig ein zusätzlicher Bedarf auftreten. Um eine verlässliche Grundlage für Entscheidungen zur Zuwanderung zu schaffen, werden die zuständigen Ressorts zügig einen Vorschlag über ein systematisches Monitoring zur Ermittlung des Bedarfs entwickeln.

Wir wollen eine arbeitsmarktadäquate Steuerung der Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte vorsehen und die Position unseres Landes im Wettbewerb um die Besten stärken. Den deutschen Auslandsschulen kommt hierbei eine wichtige Rolle zu.

Die Bundesregierung wird hierfür ein Konzept für eine Zuwanderung entwickeln, das den Interessen unseres Landes auch in der nächsten Dekade Rechnung trägt. Bei der Erarbeitung des Konzeptes sollen quantitative und qualitative Instrumente geprüft und die Erfahrungen anderer Länder bei der arbeitsmarktbezogenen Steuerung von Zuwanderung einbezogen werden.

Um aktuelle Engpässe bei Ingenieurberufen in besonders nachgefragten Fachrichtungen auszugleichen, zur Zeit bei Maschinen- und Fahrzeugbau und Elektroingenieuren, wird die Bundesagentur für Arbeit ab dem 1.11.2007 für Bewerber solcher Fachrichtungen aus den neuen zwölf EU-Mitgliedsstaaten auf die individuelle Vorrangprüfung verzichten. Außerdem wird der Zugang ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen zum Arbeitsmarkt durch Verzicht auf individuelle Vorrangprüfung verbessert.

### **I. 3. Forschung und Wissenschaft**

Die Innovationsdynamik wächst weltweit rasant. Mit diesem Tempo müssen wir Schritt halten. Die Bundesregierung wird ihre Anstrengungen noch verstärken und in strategi-

schen Innovationsallianzen von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft die gesamte Wertschöpfungskette neuer Technologien arbeitsteilig erschließen.

- 3 %-Ziel in 2010 unbedingt erreichen: Dazu müssen die F&E-Investitionen bei Bund, Ländern und Wirtschaft von insgesamt 55,7 Mrd. € (2005) auf ca. 79 Mrd. € in 2010 (gemäß aktuellen Prognosen) gesteigert werden. Der Haushalt '08 enthält den voraussichtlich erforderlichen Bundesanteil für eine F&E-Quote von 2,7 %, inkl. der Finanzplanung bis 2011 werden rd. 0,9 Mrd. € zusätzlich eingestellt. Mit den Initiativen des Bundes werden private F&E-Investitionen von bis zu 800 Mio. € mit einer Hebelwirkung von bis zu 1:5 mobilisiert.
- Mit fünf Forschungs-Leuchttürmen an die Spitze in Europa: Klimaforschungsstrategie; Gründung eines Nationalen Zentrums zur Bekämpfung von Demenzen (u.a. Parkinson, Alzheimer'sche Krankheit); Initiative zur Gewinnung von Spitzenforschern; THESEUS-Programm für eine neue internetbasierte Wissensinfrastruktur; digitale Vernetzung der Energieversorgung („E-Energy“).
- Stärkung der Innovationsdynamik: Mit der neuen Initiative „Dialog Innovation Ost“ Förderung der gesamten Innovationskette von Ausbildung über Forschung bis zur Anwendung; engere Zusammenarbeit der ostdeutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstitute mit der Wirtschaft, besondere Förderung von technologieorientierten Ausgründungen; Prüfung einer stärkeren Unterstützung von gemeinnützigen externen Industrieforschungseinrichtungen.
- Attraktive Rahmenbedingungen für Experten, Spezialisten und Nachwuchskräfte: Erarbeitung von Eckpunkten für ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz (mehr Flexibilität für Forschungseinrichtungen und Hochschulen, u.a. bzgl. Haushaltsrecht, Baurecht, Ausgründungen, Mitnahmefähigkeit von Pensionen, Nebentätigkeitserlaubnissen; Ausbau der nationalen und internationalen Vernetzung).

## **II. Energie und Klimaschutz**

Wir wollen unsere technologische Leistungsfähigkeit für eine ambitionierte Klimapolitik auf nationaler wie internationaler Ebene nutzen. Damit nehmen wir die Herausforderungen des Klimawandels an und setzen dringend benötigte Impulse für Innovationen,

Beschäftigung und Export. Ohne besondere Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Verbrauchern kann dies allerdings nicht gelingen. In einer historischen Entscheidung haben die Staats- und Regierungschefs der EU die Weichen für eine integrierte europäische Klima- und Energiepolitik gestellt. Die Bundesregierung stellt sich dieser Verantwortung und hat zur konsequenten Umsetzung Eckpunkte für ein integriertes Energie- und Klimaprogramm beschlossen – das erste seiner Art in Deutschland. Die wichtigsten Ziele sind:

- Weniger Abhängigkeiten, mehr erneuerbare Energien: Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf 25-30 % bis 2020 und weiterer Ausbau bis 2030; Regelung zur Einspeisung von Biogas in die Erdgasnetze.
- Mehr Energieeffizienz: Verdopplung der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung bis 2020 auf 25 %; zügige Einführung von intelligenten Messverfahren im Strombereich; Liberalisierung des Stromzählermarktes; Förderung der Energieberatung; Einführung von Energiemanagementsystemen.
- Klimafreundliche Energiegewinnung: Unterstützung bei der Einführung sauberer und CO<sub>2</sub>-armer Kraftwerkstechnologien.
- Mehr Arbeitsplätze durch ökologischen Wohnungsbau: Verschärfung der energetischen Anforderungen in einer ersten Stufe um 30 %; Verstetigung des CO<sub>2</sub>-Gebäude-Sanierungsprogramms; Investitionspakt Energetische Modernisierung der sozialen Infrastruktur; Novellierung der Heizkosten-Verordnung, darin Prüfung, ob flankierende Mieterrechte gestärkt werden sollen; Erneuerbare-Energien Wärmegesetz.
- Weniger Schadstoffausstoß im Verkehr: Anreize zur CO<sub>2</sub>-Minderung, u.a. durch Umstellung der Kfz-Steuer auf CO<sub>2</sub>-Basis; Förderung der Elektromobilität; Erhöhung der Lenkungswirkung der LKW-Maut; Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel.
- Internationale Verantwortung: Exportförderung und systematische Stärkung der Unternehmen bei Maßnahmen nach dem Kyoto-Protokoll; Transatlantische Klima- und Technologieinitiative.

Die Gesamtauflistung aller Maßnahmen ist im Beschluss des Bundeskabinetts „Eckpunkte für ein Integriertes Energie- und Klimaprogramm“ enthalten.

### **III. Internationaler Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft – Verantwortung in der Globalisierung**

Die Soziale Marktwirtschaft ist Markenzeichen und Motor des Wohlstandes in Deutschland. Sie sichert Markteffizienz und Leistungsgerechtigkeit, sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Verantwortung. Das soll auch in der Globalisierung so bleiben. Nur wenn auf internationaler Ebene Mindeststandards und faire Regeln gelten, wird Deutschland die Früchte seiner nationalen Anstrengung ernten können. Die Bundesregierung wird insbesondere folgende Ziele anstreben:

- Wertschöpfung sichern: Stärkerer Schutz geistigen Eigentums, insbesondere im Rahmen des Heiligendamm-Prozesses.
- Verwerfungen vermeiden: Internationale Geltung von sozialen und ökologischen Standards; Förderung von verantwortungsvoller Unternehmensführung (CSR) und der Umsetzung der ILO-Konventionen; Förderung der Transparenzinitiative für Rohstoffe (EITI).
- Transparenz verbessern: Selbstverpflichtung der Hedge-Fonds-Branche durch einen Verhaltenskodex (Code of Conduct); Fortsetzung des G-8-Prozesses.
- Nationale Sicherheitsinteressen wahren, Offenheit und Attraktivität für ausländische Investitionen erhalten: Prüfung eines besonderen Kontrollverfahrens durch Erweiterung des Außenwirtschaftsgesetzes zur Berücksichtigung von nationalen Sicherheitsinteressen bei problematischen ausländischen Investitionen (u.a. mögliche Einführung von Umsatzschwellenwerten, Meldepflichten, Interventionsverfahren).
- Möglichkeiten zur Bildung von deutschen Kapitalsammelstellen: Prüfung zusammen mit dem Bankensektor.
- Umsetzung der G8-Beschlüsse von Heiligendamm und Verwirklichung der Millenniumsziele.



- Untersuchung, welche Konsultationsprozesse und -institutionen auf nationaler und internationaler Ebene bestehen und inwieweit diese ausreichend sind, um Fragen der Finanzpolitik sowie der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, insbesondere im Zusammenhang mit einer Verstetigung des Wirtschaftswachstums und der Herausforderung durch die Globalisierung, zu erörtern.

#### **IV. Ein menschliches Deutschland für alle Generationen – Chancen des demographischen Wandels**

Wachstum und wirtschaftliche Leistungskraft sind unentbehrliche Voraussetzung für Wohlstand, aber kein Selbstzweck. Solidarität und Zusammenhalt in Deutschland gilt es insbesondere unter den Bedingungen einer älter werdenden und länger lebenden Gesellschaft zu stärken. Diese Veränderung bietet viele Chancen, die noch zu wenig erkannt und genutzt werden. Die Bundesregierung wird die notwendigen Strukturanpassungen voranbringen, für eine bessere Nutzung der Chancen sorgen und den erforderlichen Bewusstseinswandel unterstützen. Wichtige Elemente sind:

- Generation 50 Plus wieder mitten im Job: Initiative 50 Plus, Initiative „Neue Qualität der Arbeit“; Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Beschäftigungsquote, zur Erhöhung der unternehmerischen Selbständigkeit und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements insbesondere der „jungen Alten“.
- Entwicklung eines Programms zum „Wirtschaftsfaktor Alter“. (Vorlage bis Ende 2007)
- Lebenslanges Lernen: Gesamtstrategie bis Anfang 2008; Weiterbildungssparen; Bildungspatenschaften.
- Erarbeitung eines Konzeptes, damit die betriebliche und private Altersvorsorge verstetigt und ausgebaut wird. (Vorlage bis März 2008)
- Mehr gesundheitliche Prävention ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine gesunde wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes. Sie muss auch da stattfinden, wo Menschen bisher zu wenig oder gar nicht erreicht werden. Die Bundesregierung erarbeitet ein Präventionsgesetz und ergänzend dazu eine Stra-

ategie zur Förderung der Kindergesundheit. (Vorlage des Entwurfs zum Präventionsgesetz bis Ende 2007)

- Bericht zum Anpassungsmechanismus der Regelsätze bei Sozialhilfe und ALG II. (Vorlage im November 2007)
- Lebendige Stadtquartiere, Perspektiven für die ländlichen Räume: Anpassung der Infrastruktur; Ausbau des Programms „Soziale Stadt“; Weiterentwicklung des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser.
- Integration: Weiterentwicklung des Nationalen Integrationsplanes.
- Mit einer Vielzahl von Initiativen und Maßnahmen fördert die Bundesregierung die Demokratiefestigkeit junger Menschen und den Einsatz gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz. Insbesondere das Programm „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, das die Bundesregierung mit 19 Mio. € unterstützt, stärkt den Einsatz von Kommunen, Landkreisen und freien Trägern. Die Beratungsnetzwerke und mobilen Interventionsteams gegen Rechtsextremismus werden zusätzlich mit 5 Mio. € unterstützt.

## **V. Moderner Staat und bürgerfreundliche Verwaltung**

Internet und elektronische Datenverarbeitung bieten neue, noch ungenutzte Möglichkeiten, die Verwaltung bürgerfreundlicher zu machen und Bürokratielasten zu vermeiden. Bund und Länder sind hier zu enger Zusammenarbeit aufgerufen. Durch eine konsequente Anwendung dieser Möglichkeiten will die Bundesregierung ihren Beitrag leisten, um Staat und Verwaltung zu modernisieren und hinsichtlich Bürgerfreundlichkeit auf europäisches Spitzenniveau zu heben:

- Bürgerportale für zuverlässige und einfach zu bedienende elektronische Versanddienste; Kfz-Zulassung online; elektronische Steuererklärung; elektronische Gesundheitskarte; digitale Bibliotheken; Weiterentwicklung des Personalausweises zur Bürgerkarte; harmonisierte IT-Netze zwischen Bund und Ländern.

- Ausweitung des neuen, intelligenten Messverfahrens zum Bürokratieabbau (Standardkostenmessung): Bisher standen die Unternehmen im Fokus, ab Ende 2007 beginnt die Identifizierung und Messung der Bürokratielasten bei den Bürgern.
- Reform der föderalen Finanzverfassung.

### **Verantwortung für die Zukunft Deutschlands**

Alle Investitionen in die Zukunft werden nur dann dauerhafte Werte schaffen können, wenn sie auf dem festem Grund solider Finanzen stehen. Die Haushaltskonsolidierung behält daher überragende Bedeutung. Der Bundeshaushalt 2008 und die Finanzplanung bis 2011 bilden die Grundlage für alle kostenwirksamen Maßnahmen.

Deutschland hat die Kraft und die Potentiale, um auch in Zukunft ein Land des Wohlstandes, der Solidarität und des Zusammenhalts zu bleiben. Dafür ist die Kraftanstrengung aller Teile notwendig: Parteien und Fraktionen, Länder und Kommunen, Arbeitgeber und Gewerkschaften, Verbände und Bürgergesellschaft sind aufgerufen. Jeder trägt Verantwortung für die Zukunft unseres Landes. Gemeinsam kann die Zukunft gestaltet werden.